

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 8. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Blättern keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimanteil: Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. V. VI.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 152

Donnerstag, den 2. Juli 1936

88. Jahrgang

Blums erste Völkerbundsrede

Keine Stellungnahme zum Ostafrika-Konflikt

Am zweiten Tage der Genfer Völkerbundsversammlung kam als erste Großmacht Frankreich zum Wort. Der französische Ministerpräsident Blum hielt eine halbstündige Rede, die bezeichnenderweise jedes Eingehen auf die Sanktionen und den italienisch-äthiopischen Konflikt peinlich vermied. Blums Ausführungen waren eine allgemeine Betrachtung über die alten Genfer Probleme: Völkerbund, kollektive Sicherheit, Abrüstung usw. Für die Lösung der schwierigen internationalen Frage brachte die Rede keinen praktischen Vorschlag.

Zur augenblicklichen Genfer Krise erklärte Léon Blum, die Ursachen für das Versagen des Völkerbundes liegen nicht im Pakt, sondern in seiner verspäteten, unbestimmten und zweideutigen Anwendung. Die Pakt-Verpflichtungen müßten deshalb verstärkt werden. Die französische Abordnung könne keiner der Revisionsformeln zustimmen, die die Rolle des Völkerbundes auf eine akademische Beratung zurückführen würden. Frankreich werde mit ganzer Kraft dazu beitragen, dem Völkerbund neues Leben zu geben.

Die französischen Reformpläne beschränkten den Bestand auf die geographisch und politisch dem angegriffenen Staat am nächsten stehenden Länder, aber auch so bleibe das Risiko eines Krieges bestehen und müsse mutig getragen werden. Um ihm zu begegnen, könne man nur an Abrüstung denken, obwohl dieser Gedanke heute beinahe als eine lächerliche Utopie erscheine. Aber ohne Abrüstung könnten die internationalen Schiedsgerichte keine Wirkung haben und die friedlichen Sanktionen nicht abschrecken. Kollektive Sicherheit und Abrüstung bedingten sich gegenseitig. In diesem Sinne werde Frankreich seiner Einfluß geltend machen und vor keiner Initiative zurückschrecken.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Blum von den beiden „Rechtsverletzungen“, wobei er es wieder fertige brachte, die Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit im Rheinland mit der Besetzung Äthiopiens durch Italien auf die gleiche Stufe zu stellen. Weiter erklärte er, der Völkerbund müsse an die Länder, die diese „Rechtsbrüche“ begangen hätten, die wesentliche Frage stellen, ob sie entschlossen seien, eine bessere Zukunft vorzubereiten und an dem Werk des entworfenen Friedens im Rahmen des neuerstandenen Völkerbundes mitzuarbeiten. Sie müßten gefragt werden, welche Absichten sie hegten und welche Garantien sie vorschlagen wollten. Die der Versammlung unterbreitete italienische Denkschrift stelle einen wertvollen Beitrag in diesem Sinne dar. Es sei zu wünschen, daß die deutsche Antwort auf den englischen Fragebogen ihrerseits den Ausgangspunkt für einen politischen Wiederaufbau Europas bilden könne. Friedensangebote und Abrüstungsvorschläge seien von überall her gekommen, aber sie müßten erst auf ihre Aufrichtigkeit geprüft werden.

England erkennt die Eroberung Äthiopiens nicht an

Das Hauptereignis der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung war die Rede des englischen Außenministers Eden. Er begann mit einer Sympathieerklärung für den Kaiser von Äthiopien, der mit Würde seine Sache vor dem Völkerbund vertreten habe. Im übrigen gab Eden zu, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionsmaßnahmen im italienisch-äthiopischen Konflikt infolge des raschen Verlaufs der militärischen Ereignisse in Äthiopien ihren Zweck nicht erfüllt haben.

Nach Auffassung der englischen Regierung könnte nur ein militärisches Vorgehen das gewünschte Ergebnis herbeiführen. Aber er könne nicht annehmen, daß bei der gegenwärtigen Weltlage ein solches militärisches Vorgehen als möglich betrachtet würde. Angesichts dieser Lage könne er nur mit größtem Bedauern wiederholen, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Fortführung der Sanktionen keinen Zweck mehr habe. Gleichzeitig sei die britische Regierung der Meinung, daß die Versammlung in keiner Weise die italienische Eroberung Äthiopiens anerkennen sollte.

Sollte beschlossen werden, daß die Sanktionen nicht länger fortgeführt werden sollen, so sei die britische Regierung der Ansicht, daß ihre Zusicherungen, die sie gewissen anderen Regierungen gegenüber gemacht habe, nicht mit den Sanktionen außer Kraft treten sollen, sondern daß sie die Übergangszeit der Unsicherheit, die eintreten könnte, überdauern sollten. Die britische Regierung erkläre demgemäß, daß sie bereit sei, diese Verpflichtungen aufrecht zu erhalten, wenn eine Lage entstehen sollte, die diese Verpflichtungen bei der Durchführung der Aktion unter Artikel 16 in Kraft gesetzt hätte.

Nach Eden hielt der Sowjetkommissar Litwinow eine wie üblich mit verteilten Ausfällen gegen Deutschland gespickte Rede, in der er die Verstärkung des Völkerbundes forderte. Es habe sich erwiesen, daß wirtschaftliche Sanktionen allein die italienische Armee nicht wieder aus Äthiopien vertreiben könnten. Deshalb sei er, Litwinow, wie fast alle Völkerbundmitglieder zu der Überzeugung gekommen, daß die weitere Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen nutzlos geworden sei. Aus den Ursachen des äthiopischen Mißerfolges müsse man Lehren für die Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in der Zukunft ziehen. In diesem Zusammenhang ließ Litwinow gegen die vorgeschlagene Abschaffung des Artikels 10 (Garantie der gebietsmäßigen Unverletzlichkeit) Sturm ebenso wie gegen die Abschaffung des Artikels 16. Dieser Artikel berge starke Möglichkeiten in sich, die im äthiopischen Krieg aus vielfachen Gründen, z. B. auch wegen der „anderweitig in viel stärkerem Maße betriebenen Kriegsvorbereitungen“ bei weitem nicht ausgeschöpft worden seien. Die Unvollkommenheit des Paktes

beruhe auf seinen Lücken und Unklarheiten. Er enthalte keine klare Definition des Angriffes und sehe kein Organ für dessen Feststellung vor. Die Durchführung wirtschaftlicher Sanktionen müsse für alle Staaten obligatorisch werden und diese in wenigen vorstellbaren Ausnahmefällen Hand in Hand mit militärischen Maßnahmen gehen. Bis man aber soweit sei, müsse Europa mit einem Neuzug von Regionalpakt überzogen werden. Als stärkste Garantie für den Frieden betrachte die Sowjetunion nach wie vor die totale Abrüstung. Solange diese radikale Maßnahme nicht getroffen werde, bleibe nichts anderes übrig, als den Völkerbund, d. h. die kollektive Sicherheit und den Grundgedanke der Anteilbarkeit des Friedens, zu verstärken.

Damit war die Mittwoch-Aussprache beendet. Es sind noch 15 Redner vorgesehen. Am Freitag nachmittag soll der Koordinationsausschuß, d. h. die Sanktionskonferenz zusammenzutreten, die für die Aufhebung der Sanktionen zuständig ist und wahrscheinlich auch der Völkerbundsrat.

Zusammentunft der Restlocarnomächte in Brüssel?

Die Vertreter Frankreichs, Belgiens und Englands, d. h. der Restlocarnomächte, waren in Genf bei einem gemeinsamen Abendessen vereinigt. Sie beschlossen, vorläufig weder in Genf noch in Montreux eine formale Zusammenkunft abzuhalten. In englischen Kreisen denkt man jedoch an eine neue Zusammenkunft vor September. Die Franzosen sind für eine Begegnung in Brüssel in der zweiten Julihälfte. Man spricht vom 21. Juli. Bisher haben die Engländer zwar noch nicht zugestimmt, aber man hält in englischen Kreisen eine solche Zusammenkunft für möglich.

Der Genfer Zwischenfall

Die italienischen Völkerbunds-Journalisten werden ausgewiesen

Die während der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom Dienstag verhafteten italienischen Journalisten wurden am Mittwoch 22.15 Uhr aus dem St. Antonien-Gefängnis entlassen. Sie begaben sich zu Fuß und unter Bewachung von Polizisten in Zivil ins nahe gelegene Postzeigebäude, wo u. a. der italienische Botschafter in der Schweiz, Samaro, und der italienische Generalkonsul in Genf, Speiser, anwesend waren. 22.30 Uhr wurden die verhafteten Journalisten endgültig auf freien Fuß gesetzt, nachdem ihnen zur Kenntnis gebracht worden war, daß gegen sie ein Ausweisungsbefehl vom Kanton Genf erlassen worden sei.

„Beleidigung des italienischen Heeres“

In der römischen Presse kommt einhellig die Enttäuschung über das Auftreten des Regus vor der Völkerbundsversammlung zum Ausdruck. Man vermutet hinter den Vorgängen in Genf „gemeine antisfaschistische Spekulation“. „Messaggero“ spricht in der Ueberschrift zu seinem Genfer Bericht von „planmäßigen antisfaschistischen Provokationen“. Die italienische Regierung, so schreibt der Genfer Korrespondent des Blattes, der zu den wenigen nicht in Haft genommenen italienischen Journalisten gehört, habe alles mögliche getan, um in Genf Verständnis dafür zu wecken, daß die Anwesenheit des Regus in der Bundesversammlung in einem Augenblick, in dem Italien mit seiner Denkschrift eine Veröhnungsgeste vollzog, zu schweren Störungen führen könnte.

Man habe gewußt, daß der Regus in seiner Rede das italienische Heer beschimpfen werde, aber auch die einflussreichsten Mitglieder des Völkerbundes hätten nicht genügend Tatkraft entwickelt, um die Gefahr zu bannen. Auf den Veröhnungsgest Italiens sei mit einer Geste geantwortet worden, die „die berechnete Gegenaktion der italienischen Journalisten hervorgerufen“ habe. Gegenüber dieser Haltung Genfs werde Italien in Erwägung ziehen müssen, welche Maßnahmen sich als zweckmäßig erweisen.

Die gleiche Auffassung kommt in dem Mittagsblatt des „Giornale d'Italia“ zum Ausdruck. Im übrigen sind sich die Genfer Berichte der römischen Presse darin einig, daß die Rede des Regus eine einzige Beleidigung des italienischen Heeres gewesen und daß diese in ambrosianischer Sprache gehaltene Rede in Wirklichkeit von im Dienste der Freimaurerei und des

Antifaschismus arbeitenden europäischen Ratgebern des Regus in französischer Sprache aufgesetzt worden sei.

Moskaus riesige Luftaufrüstung

Der Flugzeugstand um 72 v. S. vergrößert.

Der Moskauer Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, daß nach dem Stand im Juni der sowjetrussische Flugzeugpark eine Vergrößerung von 72 v. S. gegenüber dem Jahresbeginn aufweise.

Der Leiter der sowjetrussischen Flugzeugindustrie, Kaganowich, soll bei Bekanntgabe dieser Zahlen gesagt haben: „Wir haben stets genug Flugzeuge für die Verteidigung unseres Vaterlandes. Unsere Flugzeuge werden immer höher und immer weiter fliegen und unsere Feinde notwendigerfalls vernichten. Unsere Flugzeugwerke sind jetzt größer, als irgendwelche in Europa und Amerika. Wir haben gar nicht notwendig nach dem Westen zu blicken.“

Pariser Oper streift

Zum Zeitvertreib ein „Streikball“.

Paris, 2. Juli. Die Streikwelle hat jetzt auch das Theater erfaßt: Nach Beendigung der Abendvorstellung der Romischen Oper blieben ein Teil der Künstler und das Personal im Hause und hielten dieses besetzt, um einige Forderungen durchzusetzen. Um 2 Uhr nachts veranstalteten die Streikenden zum Zeitvertreib unter den Klängen eines Teiles des Orchesters der Romischen Oper einen „Ball“. Von den Tendons bis zu den Garderobenfrauen streift alles. Es geht u. a. um den Rücktritt des unbeliebten Direktors Gheusi.

Streikende beschließen Güterzug

Wie aus Bône, einem Hafen an der nordalgerischen Küste, gemeldet wird, haben 400 streikende eingeborene Bergarbeiter einen Güterzug mit Erz, der die Bergwerkstadt Uenza verlassen hatte, beschossen. Die polizeiliche Bedeckung des Zuges, zwei Gendarmen, machte von ihren Schusswaffen Gebrauch. Einer der Streikenden wurde verletzt. Mobilgarde ist von Bône aus nach dem Ort des Zwischenfalles abgegangen.

